

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 33

FREITAG, DEN 29. APRIL

2016

Inhalt:

Seite	Seite
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die slowakische Sprache 853	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die chinesische Sprache 854
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache..... 853	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache 854
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache 854	Erlöschen der Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin 855
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache 854	Erlöschen der Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer..... 855
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache 854	Teilentwidmung der öffentlichen Wegefläche Versmannstraße 855
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache 854	Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Schnelsen 93 855
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die schwedische Sprache 854	Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des Bebauungsplans Poppenbüttel 44 (Wentzelplatz) 856
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die italienische Sprache 854	Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen – Hofstückenweg – 856
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache 854	Widmung von Wegeflächen – Bargackerdamm – 856
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache 854	Widmung von Wegeflächen – Langwisch – 856
	Widmung von Wegeflächen – Lerchenberg – 856
	Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung vom Ev. Luth. Friedhof der Kirchengemeinde Ochsenwerder 857

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die slowakische Sprache

Frau Sylvia Baumann, geboren am 22. August 1976 in Sala, wohnhaft Hinterstraße 22, 25379 Herzhorn, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die slowakische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 853

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache

Frau Jenny Caforio, geboren am 20. Februar 1993 in Brindisi, wohnhaft Wiesingerweg 10, 20253 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 853

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache

Frau Ing. Hana Corterier, geboren am 29. November 1963 in Rakovnik, wohnhaft Marmstorfer Weg 173 a, 21077 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache

Herr Hidir Demirtas, geboren am 13. April 1962 in Cemisgezdek, wohnhaft Hermann-Lange-Weg 50, 21035 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache

Herr Kemal Dogan, geboren am 1. Oktober 1964 in Yesilyurt, wohnhaft Buchholzer Weg 1a, 21079 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die türkische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache

Frau Dr. Ludgeria Neri Josten, geboren am 14. Januar 1970 in Usquil, wohnhaft Kuckucksweg 22, 22175 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die schwedische Sprache

Frau Barbara Kasten, geboren am 3. April 1961 in Hamburg, wohnhaft Tannenweg 3, 21224 Rosengarten, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die schwedische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die italienische Sprache

Herr Davide Palmisano, geboren am 30. August 1985 in Ostuni, wohnhaft Graefestraße 63 a, 10967 Berlin, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die italienische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache

Frau Pavlina Ruzickova, geboren am 2. Juni 1988 in Olomouc, wohnhaft Brunskamp 5 c, 22149 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die tschechische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache

Frau Angela Scarpato, geboren am 5. Januar 1986 in Castellammare di Stabia, wohnhaft Metzendorfer Weg 1, 21077 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die italienische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die chinesische Sprache

Frau Nan Wu, geboren am 15. Juli 1976 in Beijing, wohnhaft Beekweg 2, 21255 Tostedt, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die chinesische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache

Frau Manon Ilka Zimmermann, geboren am 22. Januar 1975 in Celle, wohnhaft Elsenstraße 79, 12059 Berlin, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die spanische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 1. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 854

Erlöschen der Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin

Die am 6. September 1983 erfolgte Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache von Frau Sabine Geis, geboren am 26. Dezember 1940 in Polzin, wohnhaft Joachimstraße 2, 22609 Hamburg, ist am 21. Januar 2016 wegen Verzichts erloschen.

Das Dolmeterschersiegel (Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Sabine Geis; vereidigte Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache/Hamburg“) wird für ungültig erklärt.

Hamburg, den 13. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 855

Erlöschen der Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer

Die am 14. März 1973 erfolgte öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die arabische Sprache von Herrn Dr. Mohamed Firzat Baroudi, geboren am 25. März 1937 in Damaskus, wohnhaft Waldstraße 126, 22393 Hamburg, ist am 4. April 2016 wegen Verzichts erloschen.

Das Dolmeterschersiegel (Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Dr. M. F. Baroudi; vereidigter Dolmetscher und Übersetzer für die arabische Sprache/Hamburg“) wird für ungültig erklärt.

Hamburg, den 13. April 2016

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 855

Teilentwidmung der öffentlichen Wegefläche Versmannstraße

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (Hmb-GVBl. S. 41) mit Änderungen werden die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Altstadt-Süd belegenen Wegeflächen Versmannstraße (Flurstücke 1636 teilweise, 1637 teilweise und 2367 teilweise) für den öffentlichen Verkehr entwidmet. Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann im Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, Raum 127 und 129, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 21. April 2016

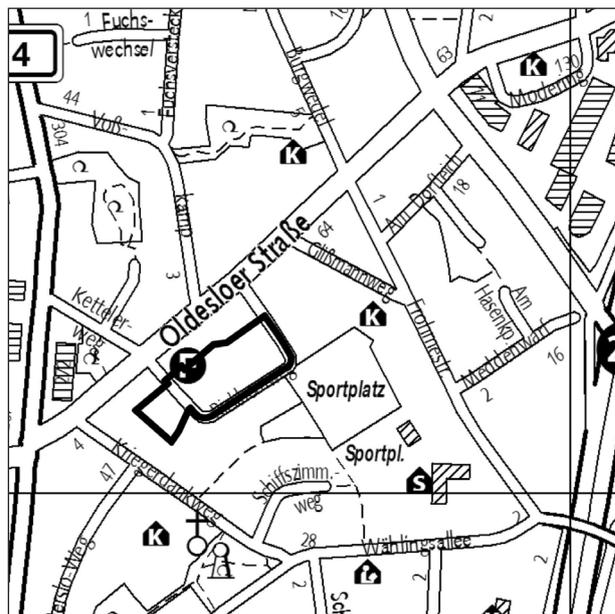
Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 855

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Schnelsen 93

Das Bezirksamt Eimsbüttel hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), erneut öffentlich auszulegen:

Bebauungsplan Schnelsen 93, Gebiet am Riekbornweg
(Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 319)



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Riekbornweg – Südost- und Südwestgrenze des Flurstücks 5610, Südwest- und Nordwestgrenze des Flurstücks 3918, über das Flurstück 1092 (Riekbornweg), Nordwestgrenzen der Flurstücke 8027, 8115 und 1091 der Gemarkung Schnelsen.

Durch den Bebauungsplan Schnelsen 93 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Geschosswohnungsbau auf dem Grundstück Riekbornweg 2 geschaffen werden. Zudem soll die bestehende Mischung aus Wohnen und Gewerbe entlang des Riekbornwegs planungsrechtlich gesichert werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf wird erneut öffentlich ausgelegt, weil er in folgenden wesentlichen Punkten gegenüber der Fassung der ersten öffentlichen Auslegung geändert wurde:

- Es wurde eine neue Lärmschutzfestsetzung für das Grundstück Riekbornweg 2 aufgenommen und die zur ersten Auslegung vorhandenen Lärmschutzfestsetzungen wurden geändert und ergänzt, da die lärmtechnische Untersuchung überarbeitet wurde.
- Die Festsetzung zur Einhaltung der Abstandsflächen wurde gestrichen, da hierzu keine gesonderte Festsetzung erforderlich ist.
- Es wurden die Baugrenzen auf den Flurstücken 1088 und 1091 geringfügig angepasst.

Der Bebauungsplan Schnelsen 93 wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren und gemäß § 13a Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 3 Satz 1 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB aufgestellt.

Der Entwurf des Bebauungsplans mit Planzeichnung, Verordnungstext und Begründung wird in der Zeit vom 9. Mai 2016 bis zum 23. Mai 2016 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden (montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr) im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, XI. Stock, Raum 1138, 20144 Hamburg erneut öffentlich ausgelegt.

Die Auslegungsunterlagen können auch im Internet unter www.hamburg.de/stadtplanung-eimsbuettel eingesehen werden.

Der Bebauungsplan-Entwurf kann im oben genannten Zeitraum ergänzend auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, direkt Stellungnahmen online abzugeben.

Der Online-Dienst kann unter der folgenden Adresse aufgerufen werden: <https://bauleitplanung.hamburg.de>

Stellungnahmen können während der oben genannten Auslegungsfrist nur zu den geänderten und ergänzten Teilen des ausliegenden Bebauungsplan-Entwurfs beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Eimsbüttel schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 22. April 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 855

Öffentliche Plandiskussion zum Entwurf des Bebauungsplans Poppenbüttel 44 (Wentzelplatz)

Der Planungsausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek lädt die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Poppenbüttel 44 (Wentzelplatz) ein. Die Veranstaltung findet am Montag, dem 9. Mai 2016, um 18.00 Uhr in der Aula des Gymnasiums Oberalster, Alsterredder 26, 22395 Hamburg statt.

Das Plangebiet mit einer Größe von etwa 10,5 ha liegt westlich des ZOB Poppenbüttel, südlich der Straße Kritenbarg und nördlich der Straße Grotenbleken. Es umfasst die Flurstücke 6649 und 6647 sowie Teilbereiche der angrenzenden Straßenflurstücke Wentzelplatz (7977) und Kritenbarg (1605) der Gemarkung Poppenbüttel (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 519).

Durch den Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Poppenbüttel 44 sollen auf bislang ausschließlich von Dienststellen des Bezirksamts, ehemals Ortsamt (Gemeinbedarf) genutzter Fläche am Wentzelplatz die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau mit teilweise gewerblichen Nutzungen im Erdgeschoss und ein neues Dienstleistungszentrum geschaffen werden.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a des Baugesetzbuchs (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt. Hiernach wird entsprechend § 13a Absatz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 3 Satz 1 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB abgesehen.

Anschauungsmaterial kann von Donnerstag, dem 28. April 2016, bis Freitag, dem 6. Mai 2016, werktags außer sonntags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, IV. Obergeschoss, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg und am Montag, dem 9. Mai 2016, ab 17.30 Uhr am Veranstaltungsort eingesehen werden.

Zur öffentlichen Unterrichtung und Erörterung sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Hamburg, den 22. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 856

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen - Hofstückenweg -

Verfügung

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 Hamburgisches Wegegesetz in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen sind die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Meiendorf, Ortsteil 526, belegenen öffentlichen Wegeflächen Hofstückenweg (Flurstücke 5865 [21 m²] und 5866 [43 m²]) als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich und werden mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 7. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 856

Widmung von Wegeflächen - Bargackerdamm -

Verfügung:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515 belegenen Wegeflächen Bargackerdamm (Flurstücke 9624 [298 m²], 9633 [13 m²], 9634 [1760 m²] und 9636 [387 m²]) vom Mützendorpsteed bis Im Soll verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 7. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 856

Widmung von Wegeflächen - Langwisch -

Verfügung:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Wellingsbüttel, Ortsteil 517 belegene Wegefläche Langwisch (Flurstück 1815 [7550 m²]) vom Wellingsbüttler Weg bis zum Von-Kurtzrock-Ring verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 8. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 856

Widmung von Wegeflächen - Lerchenberg -

Verfügung:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Ände-

rungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525 belegene Wegefläche Lerchenberg (Flurstück 7527 teilweise) von Lerchenhöhe bis Gussau verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 8. April 2016

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 856

Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung vom Ev. Luth. Friedhof der Kirchengemeinde Ochsenwerder

Der Kirchengemeinderat der Ev. Luth. Kirchengemeinde St. Pankratius Ochsenwerder hat am 29. Februar 2016 eine neue Friedhofssatzung und eine neue Friedhofsgebührensatzung beschlossen. Diese wurden durch den

Kirchenkreisrat des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost am 29. März 2016 kirchenaufsichtlich genehmigt.

Die Satzung ist im Internet unter der Adresse:

<http://kirche-ochsenwerder.de/friedhofssatzung.pdf>,

die Gebührensatzung unter der Adresse:

<http://kirche-ochsenwerder.de/friedhofsgebuehrensatzung.pdf>

dauerhaft zur Einsichtnahme bereitgestellt worden. Ferner kann die Satzung während der Öffnungszeiten im Büro der Friedhofsverwaltung, Alter Kirchdeich 8, 21037 Hamburg eingesehen werden.

Die Friedhofssatzung und die Friedhofsgebührensatzung treten am Tage nach dieser Bekanntmachung in Kraft.

Hamburg, den 29. April 2016

Ev. Luth. Friedhof der Kirchengemeinde Ochsenwerder

Amtl. Anz. S. 857

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 26 - 24 96, Telefax: 040/4 27 31 - 34 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 14,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-203/16**
Bauvorhaben: Bw 647; Hochstraße Elbmarsch; Instandsetzung FÜK RiFa Nord; Instandsetzung der Übergangskonstruktionen
Wesentliche Leistungen:
– Kasten in Kasten- Umbau an 3 Fahrbahnübergängen
– kleinere Instandsetzungsarbeiten an ca. 22 weiteren Fahrbahnübergängen
– Gerüstbauarbeiten
– Instandsetzung von Abläufen
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: mit Erteilung des Auftrages
Ende: 14. November 2016
- j) Nebenangebote nicht zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Einsichtnahme vom 27. April 2016 bis 17. Mai 2016, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
RB5/ZVA, Zimmer E 1.272
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 18. Mai 2016 um 10.45 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RV/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 18. Mai 2016 um 10.45 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlan-

gen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:

Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.

Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.

Benennung ZTV- Ing. Koordinator und dessen ständigen Vertreter, Benennung und Qualifikationsnachweis SiGeKo, Bauzeitenplan, Erläuterung des Bauablaufs, Qualifikationsnachweis für Korrosionsschutzarbeiten.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 17. Juni 2016 um 24.00 Uhr.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 34 58

Hamburg, den 26. April 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 368

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde,
Referat Beschaffung und Strategischer Einkauf
für Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von Herrn Gödicke
Telefax: +49/040/4 27 31 - 06 86
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

www.ausschreibungen.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Glas- und Gebäudereinigung im Gymnasium Corveystraße, Corveystraße 6, 22529 Hamburg für die Zeit ab 15. November 2016 bis auf weiteres

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 14

Gebäudereinigung und Hausverwaltung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Glas- und Gebäudereinigung im Gymnasium Corveystraße, Corveystraße 6, 22529 Hamburg für die Zeit ab 15. November 2016 bis auf weiteres

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 90911200

Ergänzende Gegenstände: 90911300

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gebäudereinigung: 8813 m²

Glas- und Rahmenreinigung: 2025 m² (Außen- und Innenglas) und 1870 m² (Rahmen)

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 15. November 2016
Abschluss: 31. Oktober 2020

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen:

Von den im Angebot aufgeführten kalkulatorischen Arbeitsstunden dürfen nur maximal 40% mit geringfügig beschäftigten Reinigungskräften (Geringverdiener) erbracht werden. Soweit die täglich zu leistenden Arbeitsstunden es zulassen, sollte ein weitestgehender Verzicht auf Geringverdiener angestrebt werden. Von allen Bietern muss mit dem Angebot die ausgefüllte und unterschriebene „Eigenerklärung zur Tarifreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz“ eingereicht werden.

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft: Von in- und ausländischen Bietern wird von der Vergabestelle für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärungen, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 a Gewerbeordnung) beim Bundesamt für Justiz angefordert; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert. Die Finanzbehörde behält sich vor, nach Angebotsabgabe von den aussichtsreichen Bietern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigungen: Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft abzufordern. Die Bescheinigungen sind in aktueller Fassung einzureichen und dürfen nicht älter als ein Jahr sein.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Sofern ein Bieter bis zum Einreichungstermin keine Reinigungsaufträge für die FHH ausgeführt hat, sind möglichst aktuelle Referenzleistungen über anderweitige gleichartige Reinigungsdienstleistungen (möglichst in vergleichbaren Objekten) beizubringen (Aufstellung mit Adresse, Name des aktuellen Ansprechpartners, Telefon). Bieter, die sich in den letzten 12 Monaten im Bereich „Gebäudereinigung“ betätigt haben und sich in diesem Zeitraum um öffentliche Aufträge beworben haben, können sich auf frühere Angaben beziehen, sofern sich zwischenzeitlich keine Änderungen ergeben haben. Leistungsmängel und negative Erfahrungen der FHH mit einem Bieter, die sich auf Reinigungsverträge in der Vergangenheit beziehen, finden im Rahmen der Eignungsprüfung ebenfalls Berücksichtigung und können die Leistungsfähigkeit eines Bieters bis hin zum Angebotsausschluss beeinträchtigen. U.a. begründen Abmahnungen und fristlose Kündigungen in jüngerer Vergangenheit wegen mangelnder Reinigungsleistung eines Bieters eine genaue Überprüfung durch die Vergabestelle. Unter Zugrundelegung der Unternehmensverhältnisse zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe wird dann in Einzelprüfung festgestellt, ob das Angebot wegen der in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel und negativen Erfahrungen von der weiteren Wertung ausgeschlossen wird.

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) erwartet die Anwendung neuester Techniken und Erkenntnisse des Gebäudereinigerhandwerks und verlangt mit den Reinigungsleistungen nicht nur die Erbringung von säubernden, sondern auch von pflegenden und substanzerhaltenden Tätigkeiten. Aus diesem Grund werden gesteigerte Voraussetzungen an das Vorliegen der Fachkunde geknüpft. Fachkundig ist der Bieter, der durch Vorlage einer Kopie seiner gültigen Handwerkskarte der zuständigen Handwerkskammer die Eintragung als zulassungsfreies Handwerk „Gebäudereiniger“ belegt. Darüber hinaus ist der Nachweis zu führen, dass der Inhaber des Reinigungsunternehmens über eine abgeschlossene Berufsausbildung im Gebäudereinigerhandwerk (Geselle/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk) verfügt oder der Betrieb an verantwortlicher Stelle durch eine(n) Gesellen/Gesellin geführt wird. Bieter aus dem Ausland können ihre Fachkunde durch die Beschäftigung eines Gesellen/Gesellin im Gebäudereinigerhandwerk an verantwortlicher Stelle oder durch Beschäftigte, die einen den vorgenannten deutschen Abschlüssen vergleichbaren Abschluss aufweisen, belegen. Gleichwertige Bescheinigungen bzw. Nachweise von Stellen ihres Heimatlandes sind mit einer Übersetzung in die deutsche Sprache vorzulegen.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|-------------|------------|
| 1. Preis | 70 |
| 2. Qualität | 30 |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
2016000011
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
2. Juni 2016, 10.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
9. Juni 2016, 10.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 26. September 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.
Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:
<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/42823-2020
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. April 2016

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, die weitere Auskünfte erteilen:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind:** –
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind:**

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Hauptgeschäftszimmer, Zimmer 100
Telefon: + 49/40/4 28 23 - 13 80
Telefax: + 49/40/4 27 31 - 07 47
E-Mail:
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
<http://www.ausschreibungen.hamburg.de>

Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Glas- und Gebäudereinigung im Gymnasium Corveystraße, Corveystraße 6, 22529 Hamburg für die Zeit ab 15. November 2016 bis auf weiteres

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Unterhaltsreinigung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Unterhaltsreinigung im Gymnasium
Corveystraße, Corveystraße 6, 22529 Hamburg
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90911200
- 3) **Menge oder Umfang:** 8813 m²
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: ,– Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Glasreinigung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Glasreinigung im Gymnasium Corveystraße,
Corveystraße 6, 22529 Hamburg
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 90911300
- 3) **Menge oder Umfang:**
2025 m² Außen- und Innenglas, 1870 m² Rahmen
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: ,– Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 14. April 2016

Die Finanzbehörde

369

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Campus Steilshoop – Neubau Stadtteilschule Am See, Quartierszentrum am Standort Gropiusring 43, Hamburg – Schlüsselfertige Erstellung mit Außenanlagen

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag
Planung und Ausführung
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

1. Beschreibung der Aufgabe

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die

Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9.100.000 m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3.100.000 m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung des Neubaus der Grund- und Stadtteilschule sowie eines Quartierszentrums einschl. Neubau Außenanlagen und Siele im Ortsteil Steilshoop, Bezirk Wandsbek in Hamburg beauftragt. Gegenstand des Auftrags ist einen Schulneubau mit einer 4-zügigen Grundschule mit Vorschule (für ca. 380 Schülerinnen und Schüler) und einer 3-zügigen Stadtteilschule (für ca. 450 SuS in Sek I sowie 66 SuS in 1-zügiger Sek II) sowie einem Quartierszentrum am Standort Gropiusring zu errichten.

Für die Schulen sollten Flächen für allgemeinen Unterricht, Fachunterricht, Lehrer und Verwaltung, Gemeinschaftsflächen sowie Ganztagsbereich mit Produktionsküche berücksichtigt werden. In dem Quartierszentrum waren Flächen für ein Bistro und Stadteiltreff, ein Haus der Jugend, einen Stadteiltreff, die Hamburger Volkshochschule, die Elternschule Steilshoop, einen Familienservicepoint, eine Mütterberatung sowie Flächen für eine öffentliche Bücherhalle vorzusehen. Das Baugrundstück liegt im Hamburger Stadtteil Steilshoop und wird im Norden durch die Grünfläche zum Bramfelder See, im Süden durch den Gropiusring und im Osten durch die zur Campusanlage gehörigen Sporthalle begrenzt. Im Südwesten befindet sich das eingeschossige Gebäude der Kita Elbkinder. Im Westen, im Bereich des BT-1 der Bestandsschule, soll langfristig Wohnbebauung entstehen. Die Großsiedlung Steilshoop liegt im Nordosten Hamburgs im Bezirk Wandsbek und ist eine in den Jahren 1961-66 geplante und bis 1976 realisierte Siedlung, welche 20 „Wohnringe“ umfasst.

Auf dem Grundstück befinden sich derzeit Bestandsbauten, die z.T. die Nutzungen enthalten, die auch im Neubau wieder untergebracht werden sollen. Der bauliche Bestand ist in 3 Bauteile gegliedert, die von West nach Ost die Bezeichnungen BT-1, BT-1a und BT-2 tragen. Alle Bestandsgebäude sollen im Laufe der Planung in zwei Schritten komplett abgebrochen werden. Dieser Abbruch wird in einem getrennten Verfahren durchgeführt und ist nicht Gegenstand der Aufgabe des Generalunternehmers (nachstehend GU genannt). Die beiden neuen Gebäude, die Stadtteilschule im Westen und das Quartierszentrum im Osten, nehmen die wichtige zentrale Achse des Stadtteils (Fehlinghöhe) räumlich auf und führen die öffentliche Durchwegung weiter in die angrenzende Parkanlage und zum Bramfelder See.

Die Gesamtmaßnahme ist bis Anfang 2019 fertigzustellen. Insgesamt ist ein Neubauvolumen von rd. 12.830 m² NGF (ca. 14.800 m² BGF, ca. 60.100 m³ BRI) zu erstellen, aufgeteilt für die

Schule von rd. 10.058 m² NGF, für die Produktionsküche von rd. 278 m² NGF sowie für das Quartierszentrum von rd. 2.500 m² NGF. Die Außenanlagen sind auf einer Fläche von ca. 24.000 m² (ohne Grundflächen der Baukörper) zu bearbeiten. Von Seiten SBH liegt die Planung bis zur Lph 4 vor. Die weitere für die Durchführung des Projekts notwendige Planungsleistung ist durch den GU zu erbringen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses GU – Verfahrens durch WSP Deutschland AG, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten. Kostenkalkulative und technische Prüfleistungen werden durch das beauftragte Büro DU Diederichs Projektmanagement, Wuppertal, wahrgenommen. Die vorgenannten Büros sind von der Teilnahme an dem gegenständlichen Verfahren in jeglicher Form ausgeschlossen.

Nutzungskonzept Stadtteilschule: Der zentrale Haupteingang am Vorplatz führt direkt in das großzügige, lichte Foyer, das Zentrum und Treffpunkt der Schule ist. Von hier gelangt man durch einen Flur, an Werkstätten, dem Schülercafé und durch die Lehrerbereiche hindurch, in alle Bereiche der Grundschule und ebenfalls – ohne Durchkreuzung der Verkehre – zu den Räumen der Oberstufe, die als in sich geschlossener Bereich in den oberen Geschossen liegt. Flankierend und flexibel zuschaltbar liegen um diesen freien Raum die zentralen Funktionen wie die Aula, die Mensa und die Multifunktionsräume der Alraune und ermöglichen die selbstverständliche Verknüpfung der einzelnen Bereiche zu einem Eventbereich (ca. 950 m²). Im Süden des Schulgebäudes liegt das Bistro der Alraune, welches zur Straße orientiert ist und dabei gleichzeitig räumlich getrennt von den Schulbereichen. Ebenfalls im Süden des Gebäudes im Erdgeschoss befindet sich die Produktionsküche, welche im Betrieb sowohl die schuleigene Mensa und das Bistro, als auch andere Schulen und soziale Einrichtungen versorgen soll. Für die Grundschule wird nördlich des Haupteingangs am Platz zusätzlich noch ein eigener Eingang angeboten, als autarke Erschließung. In der Grundschule öffnet sich nach dem Eingangsbereich eine eigene Foyerfläche, von der man über Galerien in den darüber gelegenen Geschossen eine Verbindung des gesamten Grundschulbereiches erfahren kann. Die Klassenzimmer der Grundschule gruppieren sich im Eingangs- und in den Obergeschossen jeweils als zusammenhängende Fläche im Norden des Baukörpers, die Bereiche der Oberstufe liegen ab dem zweiten Obergeschoss im südlichen Teil. Im zweiten Obergeschoss bilden die von beiden Schulen genutzte Bibliothek und gemeinsam genutzten Fachräume einen zentral gelegenen Zwischenbereich für alle Schüler. Alle Fachklassenräume der Sekundarstufe befinden sich zentral auf einem Geschoss direkt unter den entsprechenden Klassenräumen. Der Großteil der Werkstätten liegen zentral im Erdgeschoss (Metall und Fahrradwerkstatt im E2). Die Trennung von Grundschule und Sekundarstufe zeichnet sich im Innenraum durch getrennte Erschließungen und Lufträume ab. Die Verwaltungsbereiche liegen zentral zwischen den beiden Schulzügen im Erdgeschoss und sind sowohl von allen Schülern und Lehrern, als auch für Besu-

cher neutral und gut erreichbar. Die Besprechungsbereiche der Verwaltung und Lehrer befinden sich im rückwärtigen Bereich im E1 und somit auf einem Geschoss mit der Grundschule. Auf dem obersten Geschoss der Sekundarstufe (E4) ist im südlichen Teil des Gebäudes eine Technikfläche im Außenraum geplant. Um diese optisch zu kaschieren und die Gebäudekubatur auch in diesem Geschoss zu vollenden, wird die Technikfläche mit der Bandfassade umschlossen.

Quartierszentrum: Das Quartierszentrum öffnet sich zum Campus und ist mit dem Eingangsbereich zum Platz hin ausgerichtet. Im südlichen Bereich des Gebäudes liegen die Räume von AGDAZ und der Bücherhalle (HÖB), welche auf diese präzise Lage an der Straße (Publikumsverkehr) angewiesen sind. Daran anschließend in Richtung Norden befindet sich das Haus der Jugend (Hdj) mit seinen Räumen. Ein Teilbereich der Hdj (Gruppenräume, Büro etc.) befindet sich im Obergeschoss und wird über ein Extra-Fluchttreppenhaus erschlossen. Die Volkshochschule ist als eigenständiger Bereich im Obergeschoss angeordnet und werde über das Treppenhaus und den Aufzug erschlossen. Die Elternschule (inkl. Nordlicht e.V.) befindet sich im Obergeschoss. Auch im Quartierszentrum ist im südlichen Teil des Gebäudes eine Technikfläche im Außenraum geplant. Um diese optisch zu kaschieren und die Gebäudekubatur auch in diesem Geschoss zu vollenden, wird die Technikfläche ebenfalls mit der Fassade (mit einer Stahl UK) umschlossen.

Außenanlagen: Im Westen des neuen Campus befindet sich der geschlossene Schulhof, abgeschirmt durch den Baukörper der Schule im Westen, während der Hauptteil der Außenanlagen sich mit Grün- und Pflasterflächen um die zentrale Campus-Mittelachse organisiert, und der östliche Teilbereich zwischen bestehender Sporthalle und dem neuen Quartierszentrum vermittelt. Die mittlere Campusachse fungiert als zentrales Verbindungselement des Stadtteils Steilshoop in Verlängerung der Fehlinghöhe zum Bramfelder See. Der Campus selbst besteht aus sich aufweitenden Platz-, Wege und Grünflächen, die die Formensprache der Gebäude aufgreifen und differenzierte Aufenthalts- und Bewegungsflächen bilden. Die Grünflächen bestehen aus Rasenflächen als Aufenthaltsflächen und rahmenbildenden Gräserflächen, die vor allem entlang der Gebäude angeordnet sind. Spielflächen und Kleinspielfelder auf dem Schulhof sind an Wege- und Terrassenflächen andockt und in das Formengefüge eingebettet. Die bestehenden PKW-Parkplätze werden im Entwurf nicht verändert. Lediglich die Zugänge vom östlichen Parkplatz zum Campus werden angepasst. Der PKW-Verkehr wird komplett aus dem neuen Campus heraus gehalten. Die Anlieferung zur Produktionsküche, Müllentsorgung und Feuerwehrezufahrt erfolgen in der Verlängerung der Stellplätze vom Fritz-Flinte-Ring.

Das Gelände weist einen Höhenunterschied von etwa 3,50 m auf und fällt von Süd nach Nord in Richtung Bramfelder See ab. Um diesen Höhenversprung abzubilden, weisen die Gebäude im

Erdgeschossbereich unterschiedliche Ebenen auf, die Auswirkungen auf den Außenraum haben. So besteht ein Höhenabsatz von rd. 1,80 m zwischen Stadtteilschule und Grundschule, ausgebildet mit einer Böschung. So entstehen zwei Ebenen, wobei als Plateau der Schulhof der Stadtteilschule vom tiefer liegenden Schulhof der Grundschule abgesetzt ist. Auch das QZ besitzt im Erdgeschoss zwei Ebenen – die nördliche liegt rd. 0,80 m tiefer als die südliche auf der sich der Haupteingang des Quartierszentrums und die HöB befinden. Die vorhandenen Gehölzpflanzungen werden auf der Westseite zur Einrahmung der Schulhoffläche ergänzt durch Abpflanzungen. An tiefer gelegenen Stellen sind im Rasen Senken modelliert, um Rückstaufflächen für das 30 jährige Regenereignis zu bilden. Zum Ausgleich der, aufgrund des Abbruchs und Neubaus notwendigen, Fällungen von Bestandsbäumen werden Hochstämme gepflanzt. Die Spielflächen werden mit Fallschutz gem. GUV-RL hergestellt. Im Schulhofbereich sind zwei Kleinspielfelder in farbigem Kunststoff mit jeweiligen Ballfangzäunen bzw. Banden als Abtrennung vorgesehen.

Ausstattung Schulbereich: je 2 Minifußballtore im Grundschul- und Stadtteilschulbereich sowie 2 Basketballständer, im Grundschulbereich eine Sandkiste, 1 Nestschaukel, 1 Rutsche und 1 Tischtennisplatte. Bänke + Sandsteinblöcke zum Sitzen, Fahrradbügel an den Haupteingängen entlang der Campusachse und 2 Basketballständer vor dem Clubraum des QZ. Die dem QZ zugeordnete U3-Spielfläche erhält eine Rutsche, eine Schaukel, eine Sandkiste und ein Spielhaus und ist vom restlichen Campusbereich abgetrennt. Alle Eingänge des Quartierszentrums und der Schule sind stufenlos oder über Rampen erreichbar und besitzen einen Anschluss an befestigte Wegeflächen.

Interim-Schulhof: Für die Übergangsphase, wenn die Neubauten bereits fertig gestellt und in Nutzung sind, das Bauteil 1 des Bestandsgebäudes jedoch noch abgebrochen werden muss, wird es einen Interim-Schulhof geben. Dieser wird zusammen mit einer Schotterfläche als Entfluchtungsmöglichkeit ausgewiesen. Nach erfolgtem Abriss von BT 1 (nicht Teil der GU-Leistung) wird der Schulhof auf der Westseite hergestellt (GU-Leistung) und diese Flächen finden Eingang in die langfristigen Außenanlagen.

2. Die ausgeschriebene Leistung besteht aus:

- Planung der Leistungsphasen 5 bis 8 der HOAI für Gebäude, Freianlagen, Ingenieurbauwerke sowie der Fachplanungen bestehend aus sämtlichen notwendigen Leistungen zur Erfüllung der Bauaufgabe
- Neubau Schule, Produktionsküche, Quartierszentrum
- Neubau Außenanlagen.

Die Leistungen sind aufgeteilt nach folgenden Projekten anzubieten:

- C – 07575: Neubau Schule, Produktionsküche
- C – 12910: Neubau Quartierszentrum
- C – 12911: Neubau Außenanlagen.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214200
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird von einem Gesamtauftragswert von mehr als 20 Mio. Euro (netto) inklusive Nebenkosten und zzgl. Mehrwertsteuer ausgegangen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 5.000.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 5.000.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied nachgewiesen werden und in Addition die geforderten Deckungssummen erreichen. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben der Bewerber gemäß VOB/A § 6 (3). Die Durchführung der Leistungen soll unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:
Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
Anlage 1B: Eigenerklärung zur Eignung (Vordruck);
Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
Anlage 1D: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 5 (1) HmbMinLohnG (Vordruck);
Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
Anlage 1G: Eigenerklärung zum Nachunternehmerereinsatz (Vordruck);
Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
Anlage 2C: Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG
Anlage 2D: Nachweis der Berufsgenossenschaft mit Angaben über die Lohnsummen
Anlage 2E: Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse des Baugewerbes
Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
Anlage 3B: Darstellung von zwei Referenzprojekten für vergleichbare Leistungen (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben;
Anlage 3C: Zu den eingereichten Referenzprojekten ist jeweils ein Referenzschreiben bzw. eine Bestätigung des Auftraggebers unter Angaben bezüglich der Einhaltung von Kosten und Terminen beizufügen.
Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder

vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die Eignung kann auch durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen werden. Berufet sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis auch für diese anderen Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 5 Mio. Euro für sonstige Schäden; jeweils 2-fach maximiert). Eine Zusage der Anpassung der Versicherungssummen im Auftragsfall auf den gewünschten Betrag durch den Versicherer ist als Nachweis zulässig.

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Schlüsselfertigbau in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014, 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 40.000.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

(C) Eine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG.

(D) Ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufsgenossenschaft über das ordnungsgemäße Abführen der Beiträge zur Berufsgenossenschaft unter Angabe der Lohnsummen.

(E) Eine aktueller Unbedenklichkeitsbescheinigung (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Sozialkasse des Baugewerbes über die vollständige Entrichtung der Sozialkassenbeiträge.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Architekt/in bzw. Ingenieur/in

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Schlüsselfertigbau. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1. Januar 2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Leistungsumfang gem. HOAI und Leistungszeitraum, Baukosten und Fläche, maßgeblich beteiligte Mitarbeiter/Projektleiter, Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer zu benennen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter der letzten drei Jahre (je Jahr 2013, 2014, 2015). Hiervon sind im Bereich Schlüsselfertigbau mind. 6 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirt-

- schaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei Referenzen für den Leistungsbereich der schlüsselfertigen Erstellung jeweils in den Kriterien vergleichbare Baukosten (0-2 Punkte), vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und Qualität (0-2 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 056-16 PP
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 24. Mai 2016, 10.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
25. Mai 2016, 12.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.
Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die Angebotsaufforderungen nebst Anlagen postalisch versandt.
Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versand der Angebotsaufforderung: 26. Kalenderwoche 2016, Auswertung der Angebote: ab 32. Kalenderwoche 2016, Verhandlungstermine: 35. Kalenderwoche 2016.
Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
Weitere vorläufige Termine zum Projektablauf:
Voraussichtlicher Leistungsbeginn: 10/2016
Voraussichtliche Inbetriebnahme: 12/2018
Voraussichtliche Gesamtfertigstellung: 08/2019
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 -04 99
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn

mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
15. April 2016

Hamburg, den 15. April 2016

Die Finanzbehörde

370

Vergabe der Veranstaltung „Alstervergnügen“ durch Auswahlverfahren nach öffentlicher Ausschreibung

Im August/September 2017 soll rund um die Binnenalster wieder das „Alstervergnügen“ durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich um die Fortführung einer bestehenden Veranstaltung, die in der Vergangenheit von den Besuchern sehr gut angenommen wurde und ein besonderes Ereignis von überregionaler Bedeutung darstellt.

Die zur Verfügung stehende Fläche umfasst die Gehwege des Jungfernstiegs, des Neuen Jungfernstiegs, die wasserseitigen Fahrbahnen und Gehwege des Ballindamms sowie die Grünanlagen rechts und links von der Lombardsbrücke.

Veranstaltungen im Bereich der Binnenalster sollen der historischen Bedeutung der Binnenalster gerecht werden, die Attraktivität und das Ansehen Hamburgs als Kultur- und Wirtschaftsstandort fördern sowie die Zahl von Gästen und Besuchern erhöhen.

Das „Alstervergnügen“ soll ein gehobenes Erscheinungsbild bieten. Folgende Kriterien sind bei der Konzeption des „Alstervergnügens“ auf Basis des Nutzungskonzeptes Jungfernstieg zu berücksichtigen:

- die Gestaltung der Flächen (keine großflächigen Verkaufsstände, offene Bebauung, Freihaltung von Sichtachsen und Querungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich des Jungfernstiegs). Eine Überbauung der Treppeanlage ist nicht zulässig.
- die Gestaltung der Verkaufsstände (traditionelle Art, natürliche gemäß der Binnenalsterverordnung in weiß bzw. cremefarben gehaltene Baustoffe und Dekorationen),
- ein einheitliches Erscheinungsbild,
- die Einbindung in das Gesamtkonzept der Straßen in Abstimmung mit der Interessengemeinschaft Jungfernstieg,
- kulturelle Akzente (hoher kultureller und künstlerischer Anteil und besonderer Angebote sowie Begrenzung des Gastronomieanteils – aber gastronomisch vielfältig).
- Es ist ein veranstaltungsspezifisches Abfallkonzept mit dem Ziel einer abfallarmen Ausgestaltung gemäß § 2 Absatz 4 Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz (Hmb-AbfG) vom 21. März 2005 zu entwickeln.

Die Ausschreibung des Projektes richtet sich an Generalunternehmer oder Bietergemeinschaften, die nachweislich in der Lage sind, eine Großveranstaltung zu konzipieren

und durchzuführen. Das „Alstervergnügen“ soll für fünf Jahre ab 2017 vergeben werden.

Die Angebote/Konzepte sind in schriftlicher und bildlicher/zeichnerischer Darstellung in DIN-A4-Format bzw. DIN-A3-Querformat in 15-facher Ausfertigung und in digitaler Form einzureichen. Zum Nachweis vergleichbarer Leistungen sind Referenzprojekte zu nennen. Der Bewerber hat sich zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu erklären und diese z.B. durch eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung zu belegen. Insbesondere möchte der Auftraggeber wissen, ob der Bewerber über genügend Liquidität verfügt, um ein Projekt der jeweiligen Größenordnung durchführen zu können.

Alle Unterlagen müssen bis zum **26. Juli 2016, 14.00 Uhr**, in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Alstervergnügen“ beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Management des öffentlichen Raumes, Sondernutzungen, Klosterwall 8, 20095 Hamburg eingegangen sein. Unvollständige oder später eingegangene Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist wird in einem Auswahlverfahren der Zuschlag vergeben. Die Wertung der Konzepte durch ein Auswahlgremium erfolgt anhand der genannten Kriterien mit folgender Gewichtung:

- Konzept 50 %
Für die Wertung des Konzeptes werden vier Unterkriterien gebildet und gewertet mit folgender Wichtigkeit im Rahmen der Gesamtwertung :
 - Gestaltung der Gesamtfläche 20 %
 - Gestaltung der Betriebe 10 %
 - Einfügung in das besondere Umfeld 10 %
 - Kulturelle Akzente 10 %
- Allgemeine Erfahrungen als Generalunternehmer und Erfahrungen als Veranstalter gleicher oder ähnlicher Märkte 30 %
- Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit 20 %

Hamburg, den 22. April 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

371

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Behörde für Schule und Berufsbildung, Zentrale Vergabestelle – V 234 –, schreibt die **Betriebliche Integrationsbegleitung in der dualisierten Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AvM–Dual)** unter der Projektnummer **2016000027** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 10. Mai 2016, 12.00 Uhr

Ausführungsfrist: 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2020

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Ausschreibungsunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und die Angebote elektronisch einreichen. Die Ausschreibungsunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2016000027 per E-Mail unter ausschreibungen@bsb.hamburg.de abgefordert werden.

Hamburg, den 25. April 2016

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

372

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

71b K 13/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Kiwittsmoor 34 belegene, im Grundbuch von Langenhorn Blatt 9044 eingetragene Wohnungserbbaurecht, bestehend aus 17/1000 Miteigentumsanteilen an dem 4396 m² großen Flurstück 3708, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nummer 44 auf dem Sondernutzungsrecht an einem Kellerraum und einem Pkw-Außenstellplatz, durch das Gericht versteigert werden.

Das Erbbaurecht ist bestellt auf 99 Jahre ab dem 3. März 1975. Die Wohnung ist belegen im III. Obergeschoss hinten links und hat eine Wohnfläche von etwa 39,43 m². Zum Zeitpunkt der Begutachtung stand die Wohnung leer.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 86 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 29. Juni 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann im Internet unter www.zvg.com heruntergeladen oder auf der Geschäftsstelle, Caffamacherreihe 20, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 16. März 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungserbbaurechts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 29. April 2016

Das Amtsgericht, Abt. 71

373

Zwangsversteigerung

802 K 76/14. Im Wege der Zwangsvollstreckung folgender im Bestandsverzeichnis des Grundbuches von Bergstedt Blatt 2632 eingetragener Grundbesitz: a) laufende Nummer 1: Flurstück 1865, Hof- und Gebäudefläche, Henseweg 11 b, 180 m². b) laufende Nummer 2/zu 1: 1/10 Anteil am Flurstück 1915, Hofraum, Henseweg, 30 m². c) laufende Nummer 3/zu 1: 1/71 Anteil am Flurstück 1707, Gebäude- und Freifläche zu Verkehrsanlagen, Henseweg, südlich Henseweg 13 A, 2709 m². Das Grundstück zu a) ist bebaut mit einem unterkellerten Reihenmittelhaus des Baujahres 1968 mit rund 99 m² Wohnfläche, verteilt auf zwei Vollgeschosse und ausgebautem Dachboden. Es sind Bauschäden vorhanden. Interessenten wird angeraten, das vorliegende Wertgutachten eingehend zur Kenntnis zu nehmen. Das Objekt wird von der Berechtigten eines Wohnrechtes und dem Schuldner genutzt. Desweiteren ist ein Zimmer an eine Familienangehörige des Schuldners als Büroraum vermietet. Bei dem Versteigerungsgegenstand zu o.a.b) handelt es sich um einen 1/10 Miteigentumsanteil an dem von den Eigentümern der Reihenhäuser Henseweg 11 a-11 j gemeinsam genutzten Mülltonnenstandplatz. Der Versteigerungsgegenstand zu o.a.c) ist ein 1/71 Miteigentumsanteil an einer Garagenanlage, verbunden mit dem Nutzungsrecht an einer Einzelgarage.

Verkehrswerte gemäß 74a Absatz 5 ZVG: zu a): 184 000,- Euro, zu b): 2000,- Euro, zu c): 8000,- Euro. Bei einem möglichen Gesamtausgebot: 194 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 25. August 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos und kostenpflichtiger Gutachtendownload im Internet unter: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 10. Dezember 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen,

widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 29. April 2016

Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek

Abteilung 802

374

Zwangsversteigerung

323 K 31/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Haseldorfer Weg 46, 48, 50, 52 belegene, im Grundbuch von Eidelstedt Blatt 10098 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 248/1000 Miteigentumsanteilen an dem 1606 m² großen Flurstück 1931, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 4, durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Bei dem Wohnungseigentum handelt es sich um das eigengenutzte Reihenhäuserhaus (Einfamilienhaus) unter der Anschrift Haseldorfer-Weg 52. Hinsichtlich des Vorder- und Hintergartens besteht ein Sondernutzungsrecht. Das unterkellerte Wohnhaus, Baujahr etwa 1938, mit ausgebautem Dachgeschoss, verfügt über rund 73 m² Wohnfläche (etwa 5 Zimmer, Küche, Bad, WC, 2 Flure und Abstellraum im Spitzboden). Gaszentralheizung. Dem Sachverständigen ist eine Innenbesichtigung nicht ermöglicht worden, das Grundstück konnte nur eingeschränkt begangen werden.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 213 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 13. Juli 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen

werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de (mit Gutachterdownload).

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 19. August 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 29. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**
Abteilung 323

375

Zwangsversteigerung

717 K 29/15. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Wolliner Straße 8 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 4619 eingetragene 1679 m² große Grundstück (Flurstück 1831), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem zweigeschossigen, teilunterkellerten Einfamilienhaus. Errichtung vermutlich im Jahr 1902. Die Wohnfläche beträgt etwa 175,79 m², verteilt auf 6 1/2 Zimmer, 2 Küchen, 2 Badezimmer und Gäste-WC. Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung über Heizungsanlage. Ferner ist vorhanden Garage-/Schuppenanbau, Nutzfläche etwa 32 m². Das Haus steht leer und befindet sich in einem knapp durchschnittlichen Zustand. Eine weitere Bebauung im hinteren Grundstücksbereich ist möglich.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 900 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 7. Juli 2016, 11.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Tel.: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11/- 21 50. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Mai 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Antragsellers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 29. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**
Abteilung 717

376

Zwangsversteigerung

717 K 30/15. Zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das in Hamburg, Am Kroog 8 belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 2789 eingetragene 837 m² große Grundstück (Flurstück 1247), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist mit einem eingeschossigen, vollunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachge-

schoss und einem Garagengebäude bebaut. Errichtung vermutlich im Jahr 1931/1932, Umbauten und wesentliche Modernisierungsmaßnahmen erfolgten 1972. Die Wohnfläche beträgt etwa 105 m². Beheizung über eine Gaszentralheizung, die zum Zeitpunkt des Orts-termins nicht funktionsfähig war, Warmwasserversorgung zentral über Gas. Laut Gutachten befindet sich das Gebäude in einem unterdurchschnittlichen Zustand und stand am Tage der Besichtigung leer.

Verkehrswert gemäß § 74a Absatz 5 ZVG: 310 000,- Euro (Liquidationswert)

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 7. Juli 2016, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Tel.: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11/- 21 50. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Mai 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Antragsellers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 29. April 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**
Abteilung 717

377

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Telefon: +49/40/8998-2480
 Telefax: +49/40/8998-4009
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 EO 006-16 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für DESY Standorte Hamburg und Zeuthen und XFEL Standort Hamburg für die Kalenderjahre 2019 und 2020.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Lieferauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: –
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für DESY Standorte Hamburg und Zeuthen und XFEL Standort Hamburg.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
 Hauptgegenstand: 09310000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Für 2019: DESY Hamburg ca. 135 GWh, XFEL ca. 120 GWh, DESY Zeuthen ca. 6,7 GWh
 Für 2020: DESY Hamburg ca. 135 GWh, XFEL ca. 120 GWh, DESY Zeuthen ca. 6,7 GWh
 2 Abnahmestellen für DESY in Hamburg:
 10 KV Notkestr. 31, 110 KV Notkestr. 85
 2 Abnahmestellen für XFEL in Hamburg:
 10 KV Holzkoppel 99, 110 KV Notkestr. 85
 1 Abnahmestelle in Zeuthen:
 20 KV Platanenallee 6
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: keine
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: gemäß Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Arbeitsgemeinschaften haben ihre Mitglieder und einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
 Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen vergleichbare Bescheinigungen vorlegen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach VOL/A § 6 EG (4) a-g nicht vorliegen. (Zuverlässigkeit).
 - Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach VOL/A § 6 EG (6) a-e nicht vorliegen. (Insolvenz, Liquidation, Steuern und Abgaben)
 - Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit: Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Vorlage von min. 5 Referenzen im Bereich Sonderkunden mit vergleichbarer Leistungen unter Angabe der Liefermenge der letzten 3 Jahre, Adressen mit Ansprechpartner und Telefonnummern. Darüber hinausgehende Unterlagen sind nicht erwünscht.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 006-16

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 30. Mai 2016, 9.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 30. Mai 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 30. August 2016
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: 30. Mai 2016, 10.00 Uhr
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Innerhalb des Kreises der geeigneten Bieter wird der Zuschlag auf das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis erteilt. Maßgeblich für die Vergabe ist der niedrigste Gesamtwertungspreis über alle Lose oder Loskombinationen. Bei der Ermittlung des günstigsten Angebotes werden die ungewichteten Mittelwerte der jeweiligen EEX- Veröffentlichungen (Settlementpreise) aus dem Zeitraum Januar bis April 2016 und die Bezugsdaten aus den Anlagen II a, II b und II c herangezogen.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt,
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Auf folgende Punkte wird hingewiesen:
a) Gemäß § 101a GWB darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information über die geplante Auftragsvergabe an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Tage.
b) § 107 Abs. 3 GWB: Der Antrag auf Einleitung des Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig,

soweit (1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2. § 101a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
15. April 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: EO 006-16 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für DESY Standorte Hamburg und Zeuthen und XFEL Standort Hamburg für die Kalenderjahre 2019 und 2020

Los-Nr. 1

Bezeichnung: LOS 1 – EO 006-16 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für DESY am Standort Hamburg. Reiner Energieliefervertrag für den Zeitraum 1. Januar 2019 bis einschließlich 31. Dezember 2020.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 09310000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 135 GWh in 2019 + ca. 135 GWh in 2020 = ca. 270 GWh
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: LOS 2 – EO 006-16 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für European XFEL am Standort Hamburg. Reiner Energieliefervertrag für den Zeitraum 1. Januar 2019 bis einschließlich 31. Dezember 2020.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 09310000

- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 120 GWh in 2019 + ca. 120 GWh in 2020 = ca. 240 GWh
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Los 3: EO 006-16 Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Lieferung elektrischer Energie ohne Netznutzung für DESY am Standort Zeuthen. Reiner Energieliefervertrag für den Zeitraum 1. Januar 2019 bis einschließlich 31. Dezember 2020.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 09310000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 6,7 GWh in 2019 + ca. 6,7 GWh in 2020 = ca. 13,4 GWh
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 18. April 2016

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 378

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefon: +49/40/8998-2480

Telefax: +49/40/8998-4009

E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers:

Öffentlich geförderte Stiftung privaten Rechts

I.3) Haupttätigkeit(en)

Forschung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Rahmenvertrag über den Kauf von IT-Equipment für zwei Jahre mit Option auf zwei weitere Jahre.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Lieferauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

NUTS-Code: DE600

NUTS-Code: DE424

NUTS-Code: DE

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern.

Höchstzahl: 8 der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung:

Laufzeit in Jahren: 2

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Das Deutsche Elektronen Synchrotron DESY ist eine Forschungseinrichtung mit Standorten in Hamburg und Zeuthen (Brandenburg). Insoweit im Folgenden auf DESY Bezug genommen wird, sind immer beide Standorte gemeint. DESY schreibt die Lieferung von Arbeitsplatzrechnern aus und will im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens Rahmenverträge mit geeigneten Anbietern abschließen. Es werden 3 Lose ausgeschrieben für folgende Gerätetypen:

Los 1: Arbeitsplatzcomputer (APC)

Los 2: Notebooks

Los 3: Bildschirme

Los 4: Apple-Produkte

Der jährliche Bedarf von DESY für Arbeitsplatzcomputer beträgt etwa 500 Geräte, für Bildschirme etwa 600 Geräte, für Notebooks etwa 250 Geräte und für Apple-Produkte 130 Geräte. Der voraussichtliche Bedarf der weiteren Institutionen, die dem Vertrag beitreten können, ist später in der Öffnungsklausel vermerkt. Bestellte Waren sind innerhalb von 2 Wochen nach Vorliegen eines vollständigen Auftrages beim Auftragnehmer zu liefern. Eigenreparaturen: Ein Teil der zu beschaffenden Systeme wird in betriebskritischen Bereichen eingesetzt. DESY

muss die Möglichkeit haben, bei Störungen und Defekten an Systemen, die im Rahmen dieses Auftrages geliefert wurden, mit eigenem Personal Tests, Reparaturen oder Komponentenaustausch vorzunehmen, ohne dass dadurch die Gewährleistung des Auftragnehmers erlischt. Im Verhandlungsverfahren muss der Anbieter die Verfahren dazu einschließlich eventuell notwendiger Qualifizierung der dafür eingesetzten DESY-Mitarbeiter sowie der Lagerhaltung von Ersatzteilen dafür darlegen. Gewährleistung: 36 Monaten und Vor-Ort-Service inklusive Hotline-Service sind zwingend notwendig.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 30236000

Ergänzende Gegenstände: 33195100

30200000

30210000

30230000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Der jährliche Bedarf von DESY für Arbeitsplatzcomputer beträgt etwa 500 Geräte, für Bildschirme etwa 600 Geräte, für Notebooks etwa 250 Geräte und Apple-Produkte etwa 130 Geräte. Für vier Jahre: PCs ca. 2000 Stück, Bildschirme ca. 2400 Stück, Notebooks ca. 1000 Stück und Apple-Produkte ca. 520 Stück (Nicht genannt sind hier die Mengen der in der Öffnungsklausel genannten Institute).

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Verlängerungen für zwei weitere Jahre sind möglich. Die beiden weiteren Jahre können jeweils einzeln vergeben werden.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

Zahl der möglichen Verlängerungen: 2

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: 12 Monate

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: keine

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Die Ausschreibung erhält eine Öffnungsklausel
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Aktueller Auszug (nicht älter als 12 Monate) aus dem Berufs- oder Handelsregister. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.
 - Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie den Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
 - Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
 - Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129a, 129b StGB; 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
 - Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Leistungserbringers bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre, nach Jahren und den in der Bekanntmachung genannten vier Losen getrennt auszuweisen (sollte ein Leistungserbringer erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht).
 - Der Bieter hat eine aussagefähige Unternehmensdarstellung (inkl. Mitarbeiterzahl, Rechtsform, Hauptsitz und weitere Standorte, Kompetenz- und Tätigkeitsschwerpunkte, Umsatzentwicklung in den letzten drei Geschäftsjahren) beizufügen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: siehe Unterlagen zum Teilnahmeantrag
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Nein
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EV008-16
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 17. Mai 2016
Kostenpflichtige Unterlagen: –
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 23. Mai 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Je Los können bis zu zwei Bieter den Zuschlag erhalten. Insgesamt können bis zu 8 Aufträge (2 pro Los) vergeben werden (bezugnehmend auf II.1.4).
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt,
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Auf folgende Punkte wird hingewiesen:
- a) Gemäß § 101a GWB darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information über die geplante Auftragsvergabe an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Tage.
- b) § 107 Abs. 3 GWB: Der Antrag auf Einleitung des Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit (1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, (4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2. § 101a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** –

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Rahmenvertrag über den Kauf von IT-Equipment für zwei Jahre mit Option auf zwei weitere Jahre

Los-Nr. 1

Bezeichnung: LOS 1 – Arbeitsplatzcomputer(APC)

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Beschaffung von Arbeitsplatzcomputer (APC).
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30236000
Ergänzende Gegenstände 33195100
30200000
30210000
30230000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 500 Stück pro Jahr
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: LOS 2 – Notebooks

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Beschaffung von Notebooks.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30236000
Ergänzende Gegenstände 33195100
30200000
30210000
30230000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 250 Stück pro Jahr
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Bildschirme

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Beschaffung von Bildschirmen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30236000
Ergänzende Gegenstände 33195100
30200000
30210000
30230000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 600 Stück pro Jahr
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 4

Bezeichnung: Apple-Produkte

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Beschaffung von Apple-Produkten.

876

Freitag, den 29. April 2016

Amtl. Anz. Nr. 33

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 30236000
Ergänzende Gegenstände 33195100
30200000
30210000
30230000
- 3) **Menge oder Umfang:**
ca. 130 Geräte pro Jahr
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**

Hamburg, den 18. April 2016

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 379**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 26/16

Wesentliche Leistungen:

Durchführung von Baumpflegearbeiten vor und während der Ausführung von Rohrleitungs- und Sielbaumaßnahmen im Ver- und Entsorgungsgebiet von Hamburg Wasser (HWW/HSE).

Geplanter Ausführungsbeginn: 1. September 2016, vorgesehene Laufzeit 1 Jahr, Option für ein weiteres Jahr

Voraussetzung für die Beauftragung:

Der Auftragnehmer muss für diese Baumpflegearbeiten im öffentlichen Grün und Straßenraum für die ausführenden Kräfte mindestens einen der nachfolgenden genannten Ausbildungsgänge nachweisen:

- Fachagrarwirt Baumpflege
- Staatlich geprüfter Baumpfleger
- European Tree Worker
- European Tree Technician

Außerdem sind Referenzen über bereits für die Freie und Hansestadt Hamburg erbrachte Leistungen vorzulegen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 27. April 2016 bis zum 19. Mai 2016, montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder kostenlos erhältlich bei der Submissionstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.019, 20539 Hamburg.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/7888-184994) direkt zugesandt werden gegen eine Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in

diesem Fall unter Angabe der ÖV-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, IBAN: DE03 2105 0000 0100 9090 00, BIC: HSHNDE33HAN, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: **24. Mai 2016** um 09.00 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, Zimmer B.2.003, 20539 Hamburg.

Hamburg, den 21. April 2016

Hamburger Wasserwerke GmbH 380**Offenes Verfahren**

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB EU 008-16 BR**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Technikzentrale für den Fachbereich Chemie auf dem Campusgelände Bundesstraße/Sedanstraße in Hamburg.

Bauleistung:

Diverse Gewerke: Fördertechnik, Gebäudeautomation, Starkstrom, Fernmelde- und IT-Technik

Gesamtmenge bzw. -umfang:

Geschätzter Wert über alle Lose ohne MwSt: 1.202.000,- Euro

Baubeginn: Januar 2017

Bauende: Mai 2017

Schlusstermin für die Abforderung von Unterlagen:

1. Juni 2016, 10.00 Uhr.

Schlusstermin für den Eingang von Angeboten und Eröffnung der Angebote/Submission:

Los 1 Fördertechnik: 2. Juni 2016, 10.00 Uhr

Los 2 Gebäudeautomation: 2. Juni 2016, 10.30 Uhr

Los 3 Starkstromanlagen: 2. Juni 2016, 11.00 Uhr

Los 4 Fernmelde- und

Informationstechnik: 2. Juni 2016, 11.30 Uhr

Bei der Submission zugelassene Personen:

Bieter und ihre Bevollmächtigten

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/42731-0143

E-Mail: Einkauf@gmh.hamburg.de.

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html

Hamburg, den 18. April 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 381